

Abteilung für Internationale
Politik und Wirtschaft

Berlin, den 29. 11. 1988

Information

über die Konsultation mit Mitgliedern des Arbeitskreises „Mensch – Technik – Umwelt“ des Parteivorstandes der SEW vom 25. bis 27. November 1988 im Gästehaus „Ernst Thälmann“ Grünheide

I.

Mit der Konsultation, an der sich 12 Mitglieder des Arbeitskreises „Mensch – Technik – Umwelt“ des Parteivorstandes beteiligten (Anlage), wurde das Ziel verfolgt, die Genossinnen und Genossen mit aktuellen gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen zum Verhältnis Mensch - Natur unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution sowie mit der Umweltpolitik der SED vertraut zu machen.

Die Gesprächspartner, Prof. Dr. Alfred Kosing, Prof. Dr. Harry Nick und Dr. Günter Tschacher von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften sowie die Genossen Hans-Albrecht Lütke, Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Alfons Löffler, Ministerium für Kohle und Energie, und Genosse Dr. Martin Helmboldt vom Institut für Internationale Politik und Wirtschaft leisteten konstruktive Beiträge und waren bemüht, alle aufgeworfenen Fragen der Konsultationsteilnehmer auf der Grundlage der Lehre des Marxismus-Leninismus und der Politik der SED mit viel Sachkenntnis und praktischen Beispielen zu beantworten.

II.

Die teilweise von bürgerlichen Einflüssen und ungenügendem marxistischen Denken geprägten Auffassungen der Westberliner Genossinnen und Genossen sowie die noch ungelösten ökologischen Probleme des Sozialismus bestimmten die Diskussion. Die Mitglieder des Arbeitskreises vollzogen eine kritische Bestandsaufnahme der Bewältigung der Umweltfragen in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern ebenso wie in den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft.

Ihre vorgefaßten Meinungen und Standpunkte konnten durch die Darstellung der Umweltpolitik der SED nicht wesentlich abgebaut werden. In Einzelfällen verhärtete sich ihre teilweise unmarxistische Betrachtungsweise. Einheitlich wurde die These vertreten, in den sozialistischen Ländern gäbe es eine Umweltschutzpolitik, die lediglich auf eine Gefahrenabwehr gerichtet ist, um ökologische Katastrophen zu verhindern.

Von einem sozialistischen Land, das alles für das Wohl der Menschen tun will, erwarte man jedoch bahnbrechende Maßnahmen im Ökologiebereich, die dem kapitalistischen System weit überlegen sind. Gegenwärtig betreibe auch die DDR eine Nachtrapolitik im Umweltschutz und wiederhole alle Fehler, die bereits der Kapitalismus im Bereich der Ökologie vollzogen habe.

Das Ringen um Frieden reiche heute allein nicht mehr aus. Es müsse vielmehr der Zusammenhang von Friedenskampf und Kampf für die Abwehr von ökologischen Katastrophen stärker in das Bewußtsein der Menschen gebracht werden. In dieser Frage würde die SEW ebenso wie die SED zu wenig tun.

Kritisch bewertet wurde die nach ihrer Meinung völlig unzureichende Mitwirkung der breiten Bevölkerung in der DDR im Umweltschutz. In der DDR vollziehe sich die Diskussion über Umweltfragen ausschließlich in Expertengruppen. Die Nichtveröffentlichung von Daten über Luft- und Strahlenbelastungen in den Medien der DDR sei für sie Ausdruck dafür, daß man die Bürger bewußt von Problemen der Umweltbelastungen abhalten wolle.

Die Westberliner Genossinnen und Genossen lehnten kategorisch die Energiepolitik der DDR, die perspektivisch auf die Kernenergie ausgerichtet ist, ab. Vorwurfsvoll wurde zum Ausdruck gebracht, sie wollten nicht, daß die Unvernunft des Sozialismus sie ständig mit der Angst einer möglichen Kernkraftwerkskatastrophe leben läßt. Sie forderten die Verantwortlichen in der DDR auf, ihr energiepolitisches Konzept zu verändern und mehr für die Forschung im Bereich alternativer Energiequellen zu investieren. Forschung zur Reaktorsicherheit sollte aufgegeben werden, da es keine sicheren Kernkraftwerke geben könne.

III.

Die Mitglieder des Arbeitskreises äußerten sich mehrfach zur Politik der SEW im Bereich des Umweltschutzes.

Der Parteivorstand der SEW würde den ökologischen Problemen in Westberlin nicht die erforderliche Aufmerksamkeit entgegenbringen und sei daher gegenüber der AL, den Gewerkschaften und anderen demokratischen Kräften im Nachtrab.

Der Arbeitskreis habe sich 1986 konstituiert, weil sie die Notwendigkeit zur verstärkten Zuwendung zu den ökologischen Problemen erkannten und damit der Parteiführung helfen wollen, sich stärker diesen Fragen zu widmen. Ihr Einwirken auf den Parteivorstand habe letztlich mit der Konferenz „Mensch - Technik - Umwelt“ im April 1988 zu einem Erfolg geführt. Daß die Führung der SEW nach der Konferenz den Umweltfragen weiterhin wenig Aufmerksamkeit schenkt und in der Diskussion unter den Parteimitgliedern diese Probleme keine Rolle spielen, sei Ausdruck der Unterschätzung dieser Politikfelder.

Wenn die SEW in Westberlin ihren Einfluß erhöhen will, dann müsse sie eine klare Haltung zur ökologischen Krise einnehmen, flexibler reagieren und eigene Beiträge in die Auseinandersetzung einbringen. Erfolgreich könne die Partei nur dann sein, wenn sie sich mit demokratischen Kräften zusammenschließt. Der Arbeitskreis sehe deshalb die Zusammenarbeit bei der theoretischen Erarbeitung von Standpunkten und Wertungen mit Mitgliedern der AL, der SPD und anderen nicht in der SEW organisierten Experten für notwendig an.

Aus der Diskussion war zu erkennen, daß über den Fortbestand der Arbeitsgruppe keine Klarheit besteht. Die jetzige Leiterin, Anita Lenz, will aus dem hauptamtlichen Apparat der SEW ausscheiden und damit auch aus dem Arbeitskreis. Über einen Nachfolger oder das weitere Wirken des Arbeitskreises habe man in der Parteiführung bisher noch keine Überlegungen angestellt.

